

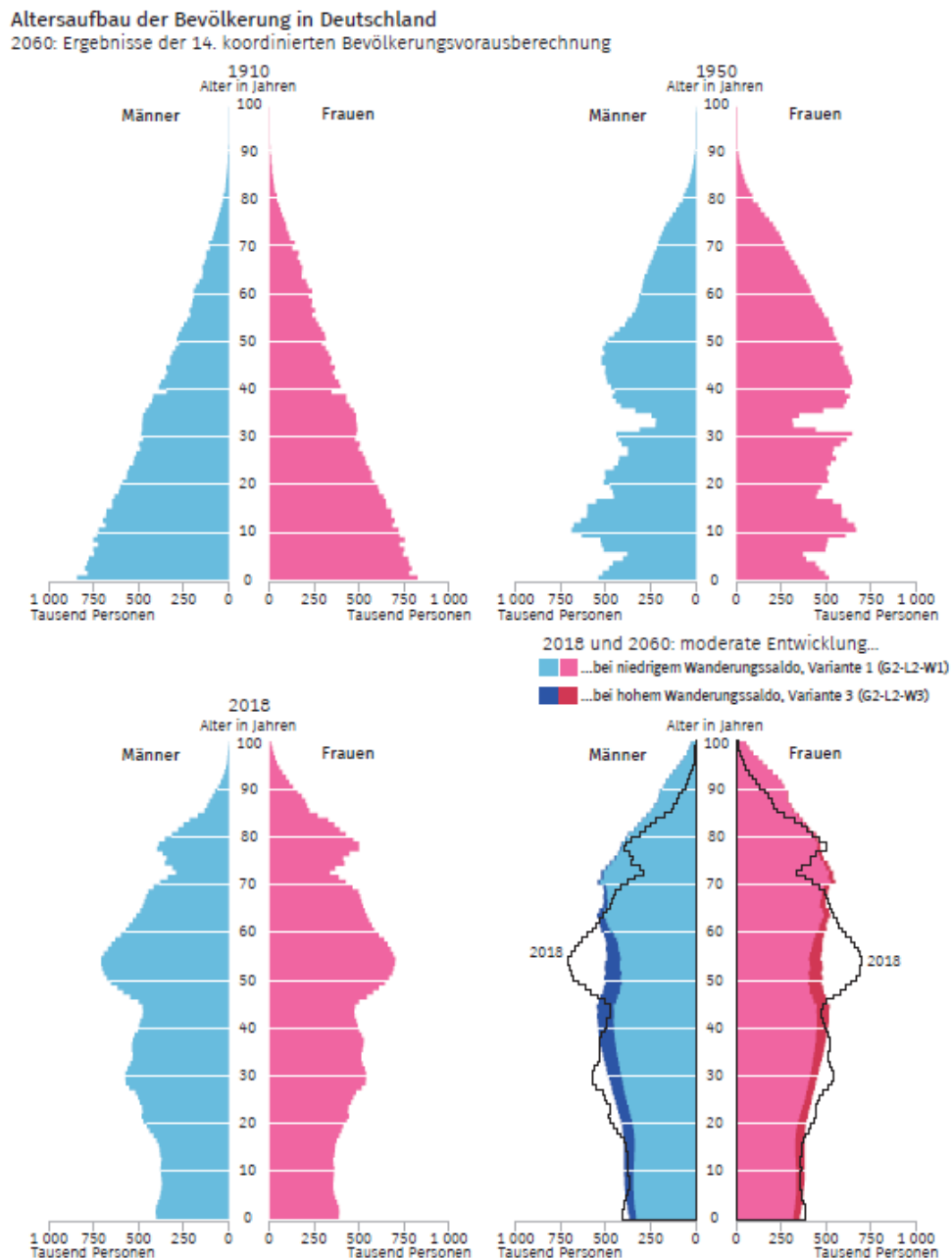
Demografischer Wandel (BPE 1)

VERLAUFSPLAN/STOFFVERTEILUNG

NR.	STUNDENTHEMEN	STUNDEN
1.1	Die Schülerinnen und Schüler erläutern die allgemeine Bedeutung der Bevölkerungsgröße und -struktur für die Wirtschaft und Gesellschaft eines Landes. Sie beschreiben und erklären die Bevölkerungsentwicklung und -struktur in Deutschland. Die Schülerinnen und Schüler analysieren die Geburtenentwicklung in Deutschland und geben die Veränderungen bei der Struktur der Privathaushalte wieder. Ebenso erläutern sie die voraussichtliche zukünftige Bevölkerungsentwicklung in Deutschland.	4
1.2	Die Schülerinnen und Schüler arbeiten die Auswirkungen der demografischen Alterung in Deutschland für die Einnahmen und Ausgaben der öffentlichen Haushalte und der gesetzlichen Sozialversicherung heraus. Sie diskutieren politische Maßnahmen zur Sicherung der Funktionsfähigkeit der gesetzlichen Sozialversicherung am Beispiel der Rentenversicherung.	4
1.3	Die Schülerinnen und Schüler analysieren die ökonomischen Ursachen niedriger Geburtenzahlen in marktwirtschaftlichen Ordnungen am Beispiel Deutschlands. Sie erklären die finanziellen Vorteile für den deutschen Staat, die die Geburt eines Kindes im Durchschnitt mit sich bringt. Die Schülerinnen und Schüler erläutern und beurteilen den Einfluss des deutschen Steuer- und Abgabensystems auf die finanzielle Situation und die Armutsgefährdung von Familien. Sie diskutieren Konzepte der Familien- und Sozialpolitik zur Verringerung der ökonomischen Nachteile von Familien und zur Erhaltung der Leistungsanreize in einer marktwirtschaftlichen Ordnung.	7
1.4	Die Schülerinnen und Schüler analysieren die Binnenwanderungen und die daraus resultierenden Veränderungen der Bevölkerungsstruktur in den verschiedenen Regionen Deutschlands. Sie erläutern Gründe für die Abwanderung vor allem jüngerer Bevölkerungsschichten und diskutieren Auswirkungen auf Regionen, die hiervon betroffen sind.	3
1.5	Die Schülerinnen und Schüler beschreiben Verlauf und Ursachen der Zuwanderung nach Deutschland seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs bis zur Gegenwart und stellen die rechtlichen Voraussetzungen der Zuwanderung nach Deutschland dar. Sie analysieren die ökonomischen und fiskalischen Auswirkungen der Zuwanderung und diskutieren politische Zuwanderungskonzepte auch unter dem Aspekt ihrer Eignung, die Integration von Zuwanderern in Wirtschaft und Gesellschaft zu verbessern.	7

BEVÖLKERUNGSVORAUSRECHNUNGEN DES STATISTISCHEN BUNDESAMTES

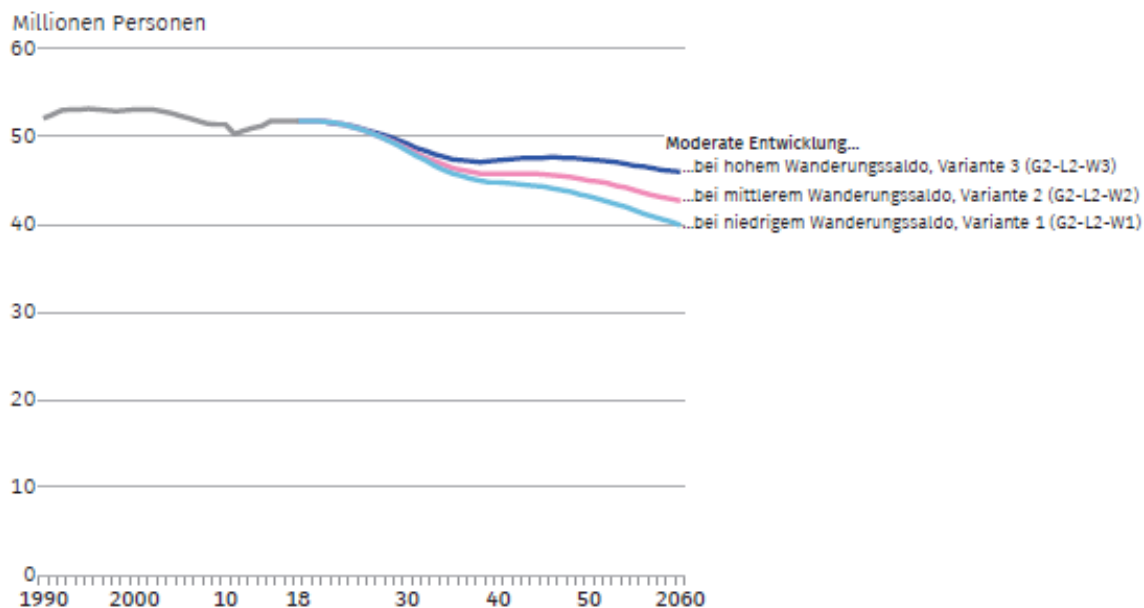
1. Interpretieren Sie die folgenden Schaubilder zur 14. koordinierten Bevölkerungsvorausrechnung.
2. Diskutieren Sie mögliche Folgen aus den in den Schaubildern dargestellten Ergebnissen.

SCHAUBILD 1:


Quelle: Statistisches Bundesamt, Bevölkerung im Wandel, Annahmen und Ergebnisse der 14. Koordinierten Bevölkerungsvorausrechnung, Wiesbaden 2019, S. 20

SCHAUBILD 2:

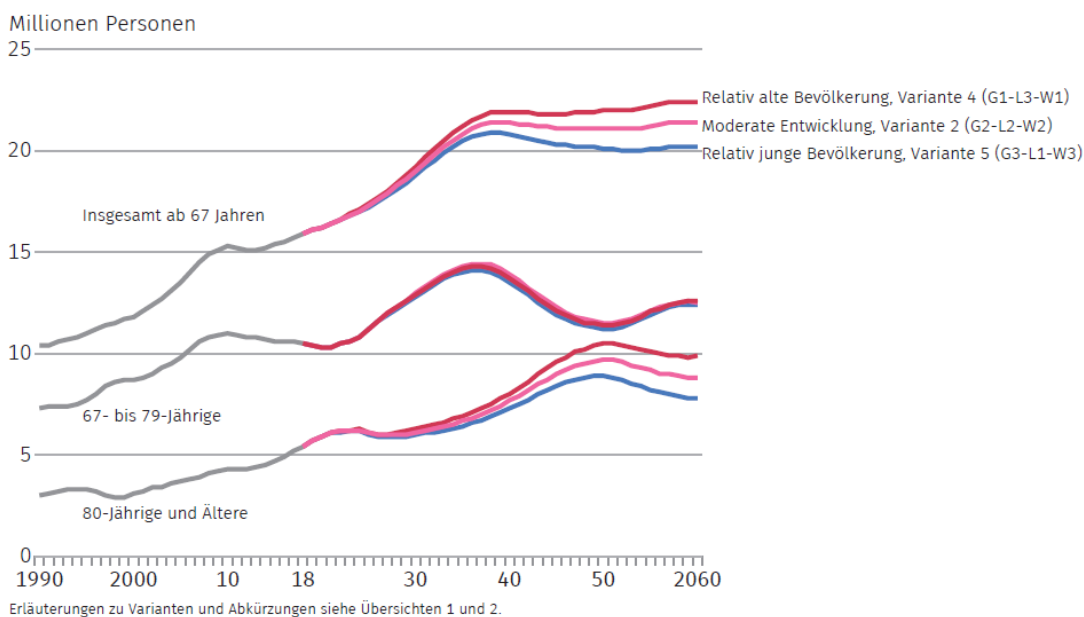
Bevölkerung im Erwerbsalter zwischen 20 und 66 Jahren
 Ab 2019 Ergebnisse der 14. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung



Quelle: Statistisches Bundesamt, Bevölkerung im Wandel, Annahmen und Ergebnisse der 14. Koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung, Wiesbaden 2019, S. 24

SCHAUBILD 3:

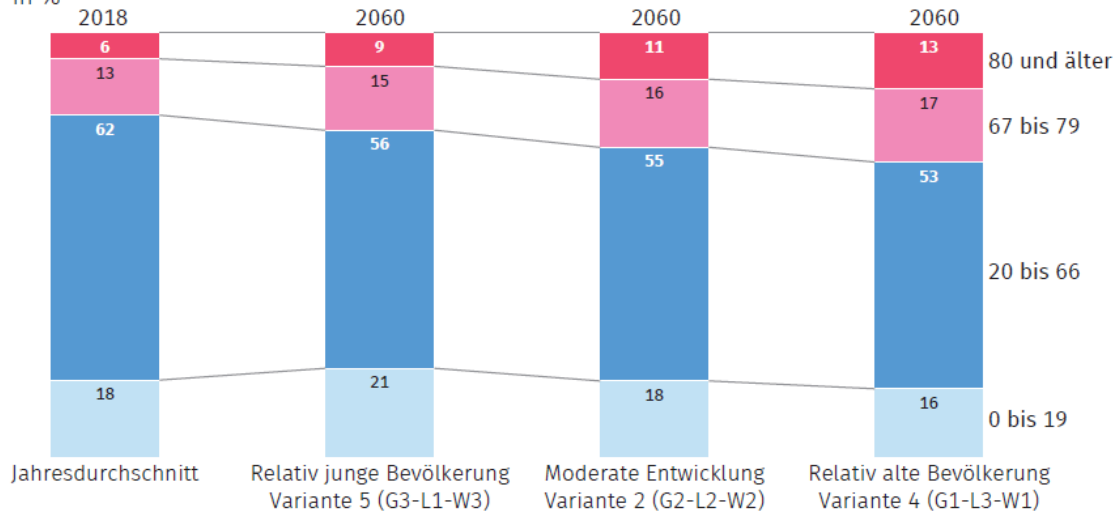
Bevölkerung im Alter ab 67 Jahren
 Ab 2019 Ergebnisse der 14. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung



Erläuterungen zu Varianten und Abkürzungen siehe Übersichten 1 und 2.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Bevölkerung im Wandel, Annahmen und Ergebnisse der 14. Koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung, Wiesbaden 2019, S. 25

SCHAUBILD 4:
Bevölkerung nach Altersgruppen 2018 und 2060

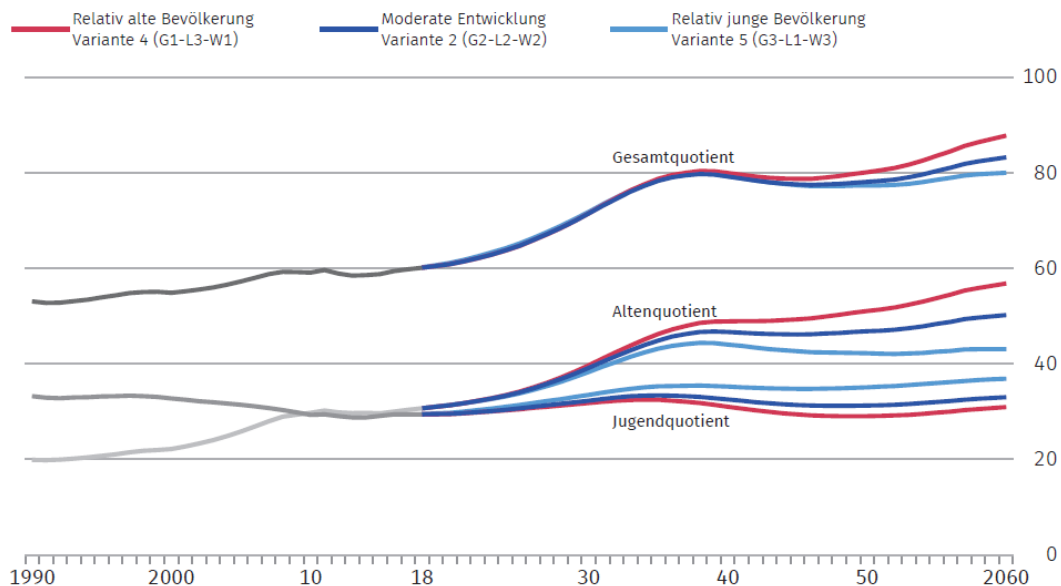
 2060: Ergebnisse der 14. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung
 in %


Abweichungen von 100% sind rundungsbedingt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Bevölkerung im Wandel, Annahmen und Ergebnisse der 14. Koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung, Wiesbaden 2019, S. 26

SCHAUBILD 5:
Jugend-, Alten- und Gesamtquotient mit den Altersgrenzen 20 und 67 Jahren¹

Ab 2019 Ergebnisse der 14. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung



¹ Jugendquotient: unter 20-jährige je 100 Personen im Alter von 20 bis 66 Jahren;
 Altenquotient: 67-jährige und Ältere je 100 Personen im Alter von 20 bis 66 Jahren;
 Gesamtquotient: unter 20-jährige und ab 67-jährige je 100 Personen im Alter von 20 bis 66 Jahren.

Erläuterungen zu Varianten und Abkürzungen siehe Übersichten 1 und 2.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Bevölkerung im Wandel, Annahmen und Ergebnisse der 14. Koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung, Wiesbaden 2019, S. 28

ZUSAMMENFASSUNG BPE 1.1**BESTIMMUNGSFAKTOREN DES DEMOGRAFISCHEN WANDELS:**

- Entwicklung der Anzahl der Geburten
- Entwicklung der Lebenserwartung (Sterblichkeit)
- Entwicklung der Zu- und Abwanderung (BPE 1.5)

BEDEUTUNG DER BEVÖLKERUNG FÜR DIE WOHLSTANDESENTWICKLUNG EINES LANDES:

1. Entwicklung der Zahl der erwerbstätigen Bevölkerung, abhängig von
 - Zu- und Abwanderung (Beispiel DDR)
 - Entwicklung der Altersstruktur im Land (Anteil der Erwerbspersonen an der Gesamtbevölkerung)
 - Entwicklung der Erwerbsbeteiligung (Anteil der Erwerbstätigen an der Gesamtzahl der Erwerbspersonen, z. B. Erwerbsbeteiligung von älteren Personen, Frauen)
2. Qualifikation, Gesundheit und Motivation der Erwerbstätigen, z. B. extrem hohe Bedeutung des Bildungsniveaus der Bevölkerung für das Wirtschaftswachstum und die Wettbewerbsfähigkeit

ENTSTEHUNG UND ERHALTUNG VON HUMANVERMÖGEN

- Gründungen und Erweiterungen von Familien durch Geburt von Kindern
- Pflege und Erziehung der Kinder in Familie und Schule, Ausbildung von Interessen, Motivationen und Kompetenzen, Hineinwachsen in Gesellschaft und Wirtschaft

BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG UND -VORAUSBERECHNUNG (ZEITRAUM 2000 BIS 2020 BZW. 2040)

1. Altersaufbau der Bevölkerung hat sich in Deutschland über Jahrzehnte stark verändert:
 - von einer Pyramide (zu Beginn des 20. Jh.) in Richtung einer Urne
 - Besonderheit „Babyboomer“-Generation (Geburtsjahrgänge 1947 bis 1971 mit jeweils mehr als einer Mio. Kindern, vor allem 1961 bis 1966 mit jeweils mehr als 1,3 Mio. Kindern)
 - Rückgang des Bevölkerungsanteils der Personen unter 20 Jahre von 21 % auf 18 % und der Personen von 20 bis 64 Jahren von 62 % auf 60 % (2000 bis 2020)
 - Anstieg des Bevölkerungsanteils der Personen von 65 Jahren und älter von 17 % auf 22 %
2. Weiterer Anstieg des Bevölkerungsanteils der Personen von 65 Jahren und älter bis auf 28 % und weiterer Rückgang des Bevölkerungsanteils der Personen von 20 bis 64 Jahren auf 54 % (bis 2040) => Anstieg des Altenquotienten und des Jugendquotienten sowie des Medianalters
3. Geburtenzahl: 660.000 bis 790.000 Kinder, Zahl der Verstorbenen: 820.000 bis 955.000 Personen pro Jahr (2000 bis 2020)
Geburtenziffer (TFR) zwischen 1,35 und 1,60 (2000 bis 2020). Benötigte TFR für Bestandserhaltung der Bevölkerung: ca. 2,1. Endgültige Kinderzahl (CFR) aufgrund Tempoeffekt geringfügig höher. Anteil kinderloser Frauen bei etwa 20 %, bei Frauen mit hohem Bildungsabschluss bei mehr als 25 %, bei Frauen ohne beruflichen Ausbildungsabschluss bei etwa 17 %
Rückgang des Anteils von Familien mit drei und mehr Kindern von 19 % (1975) auf 11 % (2011).
4. Anstieg der Zahl der Privathaushalte von etwa 39 Mio. auf etwa 42 Mio. Haushalte (2000 bis 2020), dabei überproportionaler Anstieg des Anteils der Ein- und Zwei-Personen-Haushalte und Rückgang der Zahl der Haushalte mit drei und mehr Personen

Digitale Ökonomie (BPE 2)

VERLAUFSPLAN/STOFFVERTEILUNG

NR.	STUDENTHEMEN	STUNDEN
2.1	Die Schülerinnen und Schüler stellen die einzelnen industriellen Revolutionen dar, indem sie die wesentlichen Entwicklungsschritte voneinander abgrenzen. Im Rahmen der vierten industriellen Revolution erläutern die Schülerinnen und Schüler die Begriffe „Industrie 4.0“/„Internet der Dinge“ und beurteilen die aus der Digitalisierung resultierenden Veränderungen.	2
2.2	Die Schülerinnen und Schüler analysieren wesentliche Antriebskräfte für die Digitalisierung. Sie vergleichen verschiedene revolutionierende Technologien und beurteilen deren Chancen und Risiken. Zudem erläutern sie die Einflüsse der Digitalisierung auf die industrielle Produktion.	5
2.3	Die Schülerinnen und Schüler stellen die Komponenten von smarten Produkten dar und beurteilen deren Einsatzmöglichkeiten im Alltag. Anschließend leiten sie aufgrund der technologischen Veränderungen die Notwendigkeit zur Entwicklung neuer Geschäftsmodelle ab.	5
2.4	Die Schülerinnen und Schüler arbeiten heraus, dass die auf digitalen Netzwerktechnologien basierende Sharing Economy (Ökonomie des Tauschens und Teilens) auf der Grundlage von Peer-to-Peer Sharing Modellen das Verbraucherverhalten verändert.	6
2.5	Die Schülerinnen und Schüler analysieren Folgen der Digitalisierung für die Arbeitswelt und stellen dabei die Perspektive der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite dar. Abschließend nehmen Sie Stellung zu den Auswirkungen der Digitalisierung für die Finanzen des deutschen Staates.	5
2.6	Die Schülerinnen und Schüler beschreiben und analysieren die aktuelle Marktposition Deutschlands im Bereich der digitalen Wirtschaft und beurteilen die sich daraus ergebenden Chancen und Risiken.	2

ARBEITSMATERIALIEN / AUFGABEN

ARBEITSBLATT 2.3.1 MERKMALE SMARTER PRODUKTE

Ausgangssituation:

Hannes studiert Wirtschaftsinformatik in Stuttgart. Er bewohnt ein WG-Zimmer und ist wie sein Mitbewohner ein absoluter Fan von Produkten für das smarte zu Hause (Smarthome). Neben dem Smart Speaker, mit dem Hannes Musik auf Kommando aus dem Internet streamt, lässt er sich die aktuellen Nachrichten mitteilen oder auch im Internet einkauft, steuern Hannes und sein Mitbewohner auch die Beleuchtung, Heizung und sonstige Funktionen der Wohnung.

In der Vorlesung „Innovationsmanagement“ schwärmt er Rosa vor, was er jetzt alles mit seinem Smart Speaker aussteuern kann und wie innovativ das doch alles sei. Rosa sieht aber auch Risiken bei diesem Produkt, da er ja augenscheinlich nicht mal mehr einkaufen geht und sich dies heute schon sichtlich negativ auf seine Fitness auswirke. Als der Professor von neuen Geschäftsmodellen auf Basis smarter Produkte zu referieren beginnt, erhält die Diskussion eine weitere sehr interessante Ebene [...].

1. Definition smartes Produkt:

Durch die Einbettung von Informationstechnologie wird ein Produkt dann smart, wenn der Funktionsumfang erweitert wird. Der Mehrwert des smarten Produkts ergibt sich dadurch, dass es über den alltäglichen Gebrauchswert hinaus einen Zusatznutzen generiert, der über die ursprüngliche Zweckbestimmung hinausgeht.

2. Erstellen Sie mit zwei weiteren Mitschülern ein Placemat zu einem smarten Produkt ihrer Wahl.**a) Gruppenbildung:**

Überlegen Sie zunächst allein, welches smarte Produkt sie fasziniert. Beziehen Sie hierfür auch ihre persönlichen Erfahrungen mit ein. Schreiben Sie Ihr smartes Produkt an die Tafel. Bilden Sie dann mit zwei anderen Mitschülern, die sich ebenfalls für dieses Produkt interessieren, eine Gruppe.

b) Gruppenarbeit:

Schreiben Sie in die Mitte des Placemat (Gemeinschaftsfeld) die Bezeichnung des smarten Produkts, notieren Sie folgende Frage und lassen Sie entsprechend genügend Platz für Ihre Antworten, recherchieren Sie gegebenenfalls notwendige Informationen im Internet:

Worin unterscheidet sich das smarte Produkt vom ursprünglichen Produkt?

Weitere Vorgehensweise: Teilen Sie die Begriffe physische Komponente (Grundnutzen), intelligente Komponente (Zusatznutzen) und Vernetzungskomponente (Kommunikation) untereinander auf. Notieren Sie nun alle bekannten oder recherchierten Informationen zu ihrer Komponente in das jeweilige Einzelfeld. Für einen Zeitraum von fünf Minuten sprechen Sie nicht mit Ihren Gruppenmitgliedern. Über die Ergebnisse der Einzelarbeit tauschen Sie sich im Anschluss insofern aus, dass jedes Gruppenmitglied seine Ideen vorstellt. Zum Ende der Gruppenarbeit beantworten Sie als Gruppe gemeinschaftlich die Frage aus dem Gemeinschaftsfeld.

c) Präsentation: Präsentieren Sie Ihre ihr smartes Produkt im Plenum.

Intelligente Komponente (liefert den Zusatznutzen/digitale Veredelung):

Vernetzungskomponente (Kommunikationsmöglichkeit via Internet oder Nahfeldkommunikation):

Physische Komponente (gibt die Grundfunktion vor):

ARBEITSBLATT 2.3.2 BEDEUTUNG VON SMARTEN PRODUKTEN IM ALLTAG

Ausgangssituation:

Hannes und Rosa haben in der Vorlesung Innovationsmanagement gehört, dass sich ändernde Lebensgewohnheiten zur Entwicklung neuer Geschäftsmodelle führen können. Da Hannes selbst schon gemerkt hat, dass seine smarten Produkte zu Veränderungen in seinem Umfeld geführt haben, möchte er nun sich darüber bewusst werden, was sich in seinem Alltag, aber auch im Alltag der Gesellschaft verändert hat [...].

Erstellen Sie mit zwei weiteren Mitschülern ein Mindmap oder ein Strukturblatt.

Schließen Sie sich in Dreiergruppen zusammen, um die veränderten Lebensgewohnheiten für eines der drei smarten Produkte gemeinsam zu analysieren. Erstellen Sie hierzu ein Mindmap oder ein Strukturblatt, wobei beim Mindmap die Hauptstränge mindestens zu folgenden Themen entwickelt werden sollen: „Wandel der Lebensgewohnheiten“, Chancen und Risiken sowie „Wandel der Bedeutung des Produkts für den Konsumenten an sich“.

a) Gruppenarbeit:

Überlegen Sie sich gemeinsam: Wie sich ihr Alltag durch das gewählte smarte Produkt verändern wird oder es getan hat. Erstellen Sie die Mindmap nach den o. g. Kriterien. Sie können, wenn es sich ergibt, einen weiteren vierten Hauptstrang ihrer Wahl auf der Mindmap implementieren.

b) Diskussion im Klassenplenum samt Konsolidierung:

Im Rahmen einer durch die Lehrkraft geführten Diskussion zum Thema: „Wandel der Lebensgewohnheiten im Alltag durch smarte Produkte für Konsumenten“ sollen konstruktiv und kritisch, die sich ergebenden Veränderungen im Alltag ermittelt werden.

Dabei ist es wichtig, dass die Diskussionsregeln eingehalten werden und den Diskussionsteilnehmern etwaige Veränderungen der Lebensgewohnheiten so beispielhaft und nachvollziehbar wie möglich erläutert werden, um eine gute Diskussionsgrundlage herzustellen.

Notizen zur Diskussion:

ARBEITSBLATT 2.3.3 ENTWICKLUNG NEUER GESCHÄFTSMODELLE

Ausgangssituation:

Nachdem Hannes und Rosa mögliche Veränderungen der Lebensgewohnheiten durch smarte Produkte untersucht haben, stellen sie sich die Frage, wie Unternehmen eigentlich vorgehen, wenn neue Geschäftsmodelle entwickelt werden. Das Nachvollziehen eines Geschäftsmodells ist bei smarten Produkten für Kunden sehr relevant, da daraus abgeleitet werden kann ob der Kunde tatsächlich Kunde oder nicht doch Produktionsfaktor in Form eines Datenlieferanten ist. Tatsächlich kann ein Nutzer beides gleichzeitig sein.

Wenn über digitale Transformation gesprochen wird, kommen einem meistens die Begriffe Innovation, Distribution und völlig neue Produktangebote oder ein völlig neues Kundenerlebnis in den Sinn. Dies stellt die Unternehmen vor große Herausforderungen. Werden hingegen Unternehmen oder Dienstleistungen neu entwickelt, so kann dies anders sein. Eine Mischung aus beidem entsteht, wenn Unternehmen bisherige Dienstleistungen mittels digitaler Produkte und hierdurch sich ergebender neuer oder zusätzlicher Vertriebswege weiterentwickeln können.

Geschäftsmodelle können daher einer **Evolution oder einer Revolution** unterliegen. Evolution in Bezug auf Geschäftsmodelle bedeutet, dass Unternehmen nach und nach die technischen Möglichkeiten als auch die gesellschaftspolitischen Erwartungen ihrer Zeit abbilden. Hierzu müssen in Eigenverantwortung große Handlungsspielräume für die Mitarbeiter existieren. Dies gelingt nur bei Bestehen einer offenen, innovationsfördernder Unternehmenskultur. Eine evolutionäre Veränderung des Geschäftsmodells könnte folgendermaßen aussehen: Ein Energieversorger produziert Strom und bietet Stromverträge an. Diese Verträge beinhalten auch die Installation von smarten Stromzählern, die den Stromverbrauch messen. Durch diese Daten kann der Stromanbieter zusätzlich ein „Thermostat oder eine Stromsparsteuereinheit“ als smartes Produkt anbieten, das den Stromverbrauch dann für den Kunden adäquat regelt. Nebenbei erfährt der Stromanbieter auch genau wie viel Strom seine Kunden zu welcher Uhrzeit verbrauchen und kann entsprechend dem Stromverbrauch besser planen und seine Stromproduktion darauf einstellen.

Im Gegenzug können Geschäftsmodelle revolutioniert werden. Revolution in Bezug auf Geschäftsmodelle bedeutet, dass eine neue Art der Dienstleistungserbringung einem Kunden denselben Nutzen zu einem günstigeren Preis oder einen neuen höherwertigeren Nutzen liefert. Meist entsteht dies durch die Implementierung von Plattformen über die Inhalte (content) oder Dienstleistungen (services), die von anderen Dienstleistern erbracht werden. Als Beispiel können hier Videoplattformen genannt werden, bei denen Inhalte, Clips, Serien oder ganze Filme von Erstellern, die nicht Betreiber der Videoplattform sind, hergestellt werden. Dritte können dann kostenlos oder im Rahmen eines monatlichen Entgeltes diese nutzen.

Arbeitsauftrag 1:

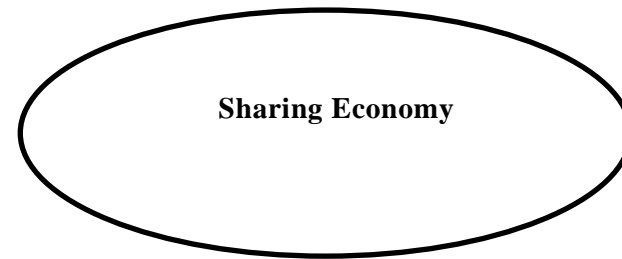
Erörtern Sie kurz, welche Chancen und Risiken bei der Evolution und Revolution von Geschäftsmodellen aus ihrer Sicht für Unternehmen, die Gesellschaft und die Arbeitnehmer bestehen.

Arbeitsauftrag 2:

Analysieren Sie für die drei smarten Produkte, für die Sie die Änderung der Lebensgewohnheiten untersucht haben, die Chancen und Risiken des Geschäftsmodells. Finden Sie auch heraus, wer der Kunde, wer der Nutzer und wer der oder die Erbringer der Dienstleistung, des Produktes oder des Nutzungserlebnisses sind.

Smartes Produkt	
Dienstleistungserbringer			
Nutzer			
Kunde			
Chancen im Geschäftsmodell			
Risiken im Geschäftsmodell			

2.4.1 Voraussetzungen für Sharing Economy:



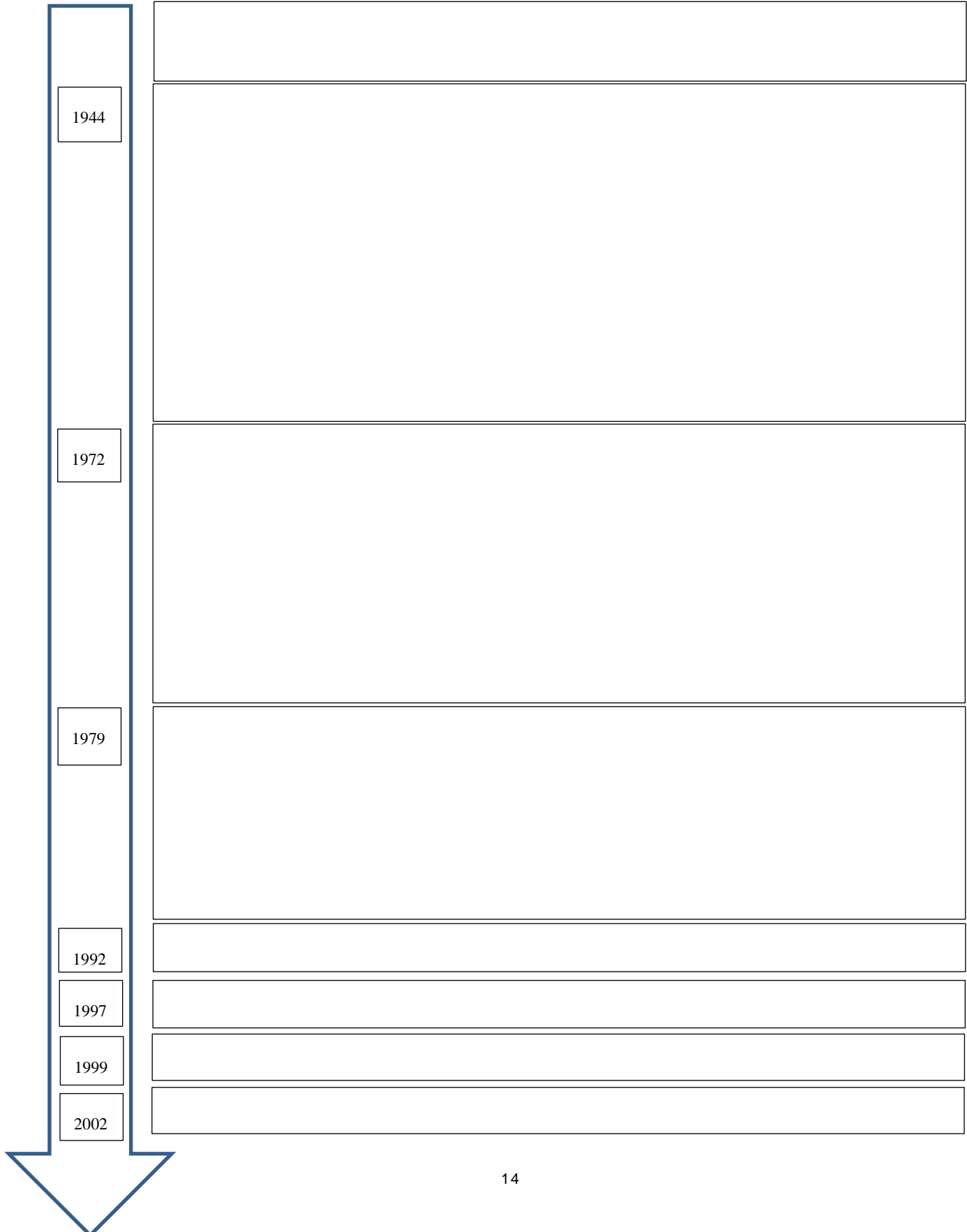
Europäische Währungsunion (BPE 3)

VERLAUFSPLAN / STOFFVERTEILUNGSPLAN

NR.	Stundenthemen	STUNDEN
3.1	Die Schülerinnen und Schüler stellen den Weg zur Europäischen Währungsunion in Grundzügen dar. Sie erläutern die Diskussion um das Verhältnis zwischen der Währungsunion und einer politischen Union in Europa. Die Schülerinnen und Schüler bewerten die vertraglichen Fundamente für die Europäische Währungsunion und beurteilen theoriegeleitet die Eignung der Eurozone als optimaler Währungsraum. Sie diskutieren die Auswirkungen einer Währungsunion auf ihre Mitgliedsländer.	4
3.2	Die Schülerinnen und Schüler beschreiben die realwirtschaftliche Entwicklung der Staaten in der Peripherie der Eurozone (Spanien, Portugal, Griechenland, Irland, Italien) von Beginn der Europäischen Währungsunion bis zur internationalen Finanzkrise. Dabei analysieren sie die Entstehung der inflationären Kreditblase und den daraus folgenden Rückgang der internationalen Wettbewerbsfähigkeit. Die Schülerinnen und Schüler vergleichen hierzu die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland in dieser Zeitspanne. Sie erläutern die unmittelbaren Folgen der entstandenen, internationalen Finanzkrise.	5
3.3	Die Schülerinnen und Schüler erläutern die Maßnahmen der EZB und ihre Auswirkungen auf die Staaten in der Peripherie der Eurozone in der Folge der Vertrauenskrise auf den internationalen Finanzmärkten. Sie erklären Konzept und Maßnahmen der finanziellen Repression als eine Möglichkeit des Umgangs mit hoher Staatsverschuldung.	4
3.4	Die Schülerinnen und Schüler erläutern die Abwicklung einer Euro-Zahlung im Zentralbank-Zahlungssystem Target („Target2“). Sie beschreiben die Höhe und Entwicklung der Target-Verbindlichkeiten und erklären die damit verbundenen Auswirkungen auf die Höhe des Außen- und Binnengeldes in den Euroländern. Die Schülerinnen und Schüler erklären die Merkmale von Target-Verbindlichkeiten. Auch beurteilen Sie die Bedeutung einer Target-Kreditaufnahme für die früheren Kreditgeber und für die Eurostaaten.	3
3.5	Die Schülerinnen und Schüler erläutern die Euro-Rettungspolitik der Mitgliedsländer und der EZB. Dabei beschreiben sie die Maßnahmen der Eurostaaten zur Vermeidung von Staatsinsolvenzen und deren Auswirkungen. Sie analysieren die Maßnahmen der EZB im Zusammenhang mit dem potenziellen oder tatsächlichen Kauf von Staatsanleihen und diskutieren deren Auswirkungen.	4
3.6	Die Schülerinnen und Schüler arbeiten die Folgen der von den Euroländern und der EZB ergriffenen Rettungsmaßnahmen im Eurosystem für die zukünftige Entwicklung des Euroraums heraus. Dabei analysieren sie deren Auswirkungen auf ausgewählte wirtschaftliche Bereiche. Die Schülerinnen und Schüler beschreiben die aktuelle wirtschaftliche und finanzielle Entwicklung im Euroraum. Sie diskutieren die notwendigen Bedingungen, um auch in Zukunft Wohlstand, Stabilität und sozialen Frieden im Euroraum zu schaffen.	5

ARBEITSMATERIALIEN / AUFGABEN

Der Weg zur Europäischen Währungsunion



Währungsunion versus Politische Union (**Arbeitsblatt Schüler A**)

Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU)

01.01.1999, es ist vollbracht, in Europa wird der Euro als gemeinsame Währung eingeführt. Zunächst im bargeldlosen Zahlungsverkehr und ab dem 01.01.2002 in Form von Münzen und Geldscheinen. Doch wie konnte dieser historische Schritt gelingen? Welche Vorüberlegungen, alternativen Wege und Bedenken galt es im Vorfeld zu diskutieren? Welche Hürden wurden genommen und welche Verträge waren maßgebend für die Einführung des Euros?

Fest stand für alle am Prozess Beteiligten zum einen die Theorie, dass die europäische Integration ein sich selbst nährendes Prozess ist, bei dem die Integration einzelner Teilbereiche die Integration anderer Bereiche notwendig macht. Zum anderen waren sie sich dessen bewusst, dass die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU) und damit verbunden, die Übertragung der nationalen geldpolitischen Kompetenzen auf eine neu zu schaffende europäische Institution (Europäische Zentralbank) nur in Verbindung mit einer Politischen Union stattfinden konnte.

Zwei konträre Konzepte standen sich hierbei gegenüber.

Auf der einen Seite standen die Vertreter der sogenannten Krönungstheorie. Hier allen voran die deutsche Bundesbank, Wirtschaftsprofessoren und vereinzelte Bundespolitiker.

Sie vertraten den Standpunkt, dass eine Währungsunion erst am Ende des europäischen Integrationsprozesses, das heißt, nach Vollendung der politischen Union realisiert werden sollte. Das bedeutete, dass zunächst die Wirtschafts- und Finanzpolitik der beteiligten Länder vereinheitlicht werden musste sowie die Schaffung politischer und europäischer Institutionen (politische Union und Wirtschaftsregierung) im Fokus stehen sollte.

Sie argumentierten dahingehend, dass gerade unzureichend integrierte und unangeglichene Volkswirtschaften stark krisenanfällig sind. Die Warnungen gingen auch dahingehend, dass die an einer Währungsunion beteiligten Länder zwar durch eine für alle gemeinsame Geldpolitik geeint sind, aber gerade die einheitliche Geldpolitik in Krisen unflexibel im Durchsetzen individueller Maßnahmen ist. Darüber hinaus sahen sie eine große Problematik darin, dass bei einer für alle Länder einheitlichen Währung, keine Abwertung der eigenen Währung zur Verbesserung der eigenen Wettbewerbsfähigkeit durchgeführt werden konnte. Bildlich gesprochen verstand die Bundesbank den EURO als Dynamit beim Aufbau eines stabilen europäischen Hauses. Eine einheitliche Währung sollte nach ihrer Auffassung als Krönung, das heißt als letzter Schritt eines politischen und monetären Vergemeinschaftungsprozesses durchgeführt werden. Bis zu diesem Zeitpunkt sollte die Verantwortung über die nationale Geldpolitik bei den nationalen Notenbanken verbleiben.

Arbeitsauftrag:

1. Erarbeiten Sie, nachdem Sie den Einführungstext gelesen haben, aus dem Informationstext die grundsätzlichen Unterschiede der Vorgehensweise zur Umsetzung der europäischen Integration. Gehen Sie dabei auch auf deren Vertreter und deren Argumentation bzw. Bedenken ein. (Schüler A: Krönungstheorie; Schüler B: Lokomotivtheorie)
2. Tauschen Sie ihr Expertenwissen in einer Expertengruppe aus und ergänzen bzw. verbessern Sie ihr Ergebnis bei Bedarf.
3. Stellen Sie ihr Ergebnis ihrem Partner vor.

Aber welcher Weg setzte sich durch? Welche Hürden galt es zu nehmen und welche Verträge wurden geschlossen?

In den 70er-Jahren wurden im Rahmen des sogenannten „Werner-Plans“ erste Versuche zu einer Währungsintegration unternommen, die aber aufgrund der Ölpreiskrise und negativer ökonomischer Konstellationen scheiterten. Ab Ende der 80er-Jahre wurden unter Federführung von Jacques Delors (Präsident der EU-Kommission), die Pläne zur Konkretisierung der EWWU forciert.

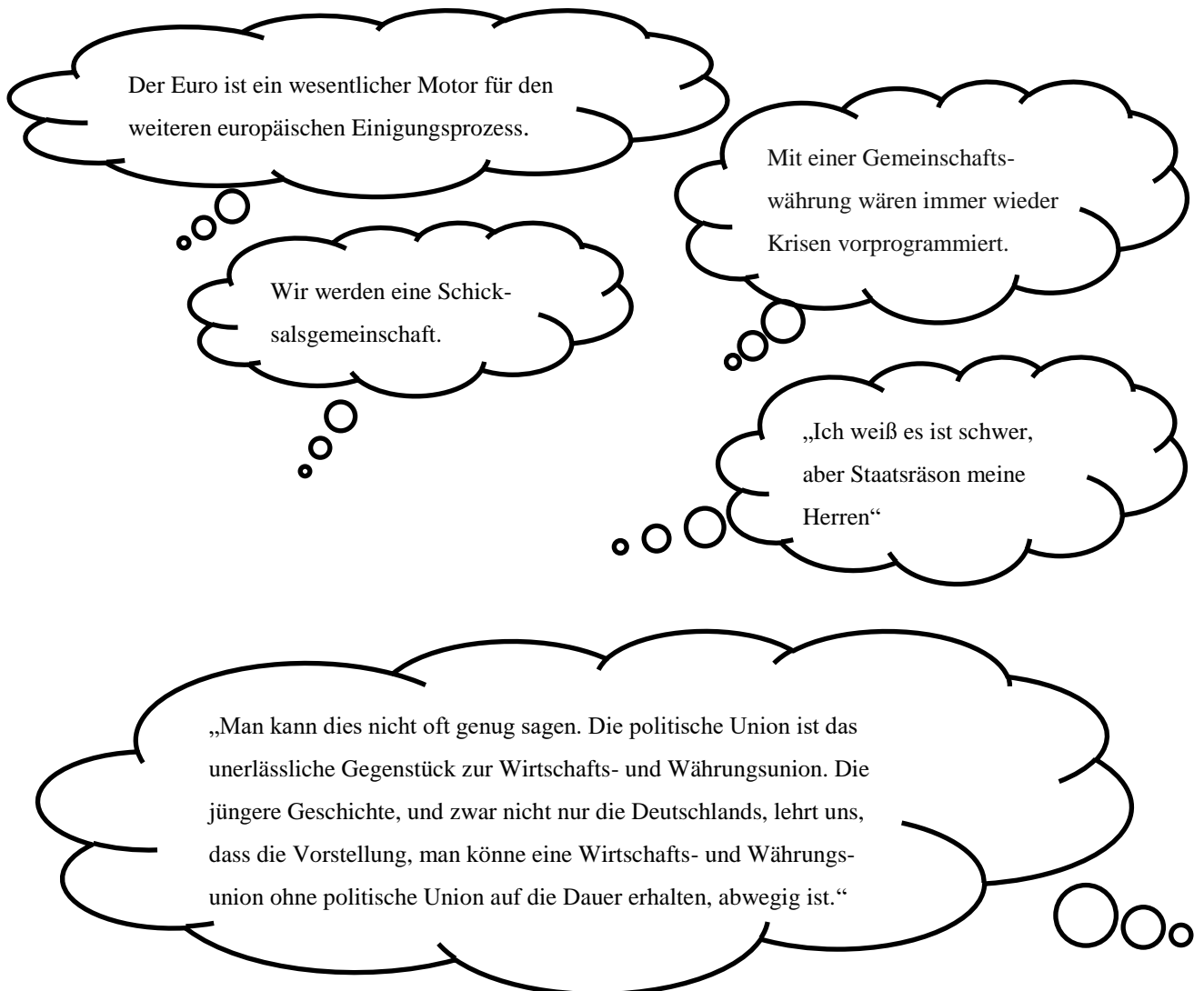
Auf einmal ging alles historisch betrachtet sehr schnell. Die Pläne für eine Währungsunion gewannen an Dynamik. Positiv beeinflusst durch die Wiedervereinigung Deutschlands im Jahre 1990. Helmut Kohl (CDU), der damalige Kanzler, wollte durch Zustimmung Deutschlands zu einer von französischer Seite forcierten großen Eurozone ein Zeichen setzen. Es ging vor allem darum, der von Frankreich, aber auch anderen europäischen Ländern gehegten Sorge, dass Deutschland als gestärktes wiedervereintes Land sich vom europäischen Engagement abwendet, entgegenzutreten. Die Befürwortung zur EWWU, von Helmut Kohl, kann man also als vertrauensbildende Maßnahme sehen. Allerdings sah Helmut Kohl immer die politische Union als unerlässliches Gegenstück zur Wirtschafts- und Währungsunion und verlangte die politische Union mit der EWWU mittel- bis langfristig zu verbinden. Bei den Maastrichter Verhandlungen, in denen die Aufnahmekriterien in die EWWU, die Zeitpläne für die Umsetzung, die Übertragung der Wirtschaftspolitik auf die Europäische Zentralbank sowie der Euro als gemeinsame Währung beschlossen wurde, konnte sich Helmut Kohl mit der Ansicht „Keine Währungsunion ohne politische Union“ nicht durchsetzen. Die Überlegungen zur politischen Union blieben bei den Maastrichter Verhandlungen in den Kinderschuhen stecken und wurden auf die Zukunft vertagt (Vertrag von Amsterdam 1997, Vertrag von Lissabon 2009).

In Maastricht hatte sich schlussendlich die Lokomotivtheorie durchgesetzt und Europa nun 1999 eine gemeinsame Währung beschert, aber keine tragfähigen politischen Strukturen.

Die Vertreter der Krönungstheorie, allen voran die Deutsche Bundesbank, hatten keine rechtlichen Möglichkeiten, die Umsetzung der Währungsunion zu verhindern. Am Ende stimmten die Vertreter der Deutschen Bundesbank mit dem Kommentar „stabilitätspolitisch vertretbar“ zu.

Arbeitsauftrag

4. Stellen Sie anhand des Informationstextes dar, welcher Weg sich historisch durchgesetzt hat.
5. Ordnen Sie folgende Aussagen den Gedanken- bzw. Sprechblasen der Einstiegsfolie zu.



Währungsunion versus Politische Union (**Arbeitsblatt Schüler B**)

Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU)

01.01.1999, es ist vollbracht, in Europa wird der Euro als gemeinsame Währung eingeführt. Zunächst im bargeldlosen Zahlungsverkehr und ab dem 01.01.2002 in Form von Münzen und Geldscheinen. Doch wie konnte dieser historische Schritt gelingen? Welche Vorüberlegungen, alternativen Wege und Bedenken galt es im Vorfeld zu diskutieren? Welche Hürden wurden genommen und welche Verträge waren maßgebend für die Einführung des Euros?

Fest stand für alle am Prozess Beteiligten zum einen die Theorie, dass die europäische Integration ein sich selbst nährendes Prozess ist, bei dem die Integration einzelner Teilbereiche die Integration anderer Bereiche notwendig macht. Zum anderen waren sie sich dessen bewusst, dass die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU) und damit verbunden, die Übertragung der nationalen geldpolitischen Kompetenzen auf eine neu zu schaffende europäische Institution (Europäische Zentralbank) nur in Verbindung mit einer Politischen Union stattfinden konnte.

Zwei konträre Konzepte standen sich hierbei gegenüber.

Auf der einen Seite standen die Vertreter der Lokomotivtheorie. Hier allen voran war Frankreich ein Vertreter.

Für sie war die EWWU ein Schrittmacher und Motor für die darauffolgende Vergemeinschaftung weiterer Politikbereiche. Das heißt, die gemeinsame Währung sollte wie eine Lokomotive die wirtschaftliche und politische Integration Europas mit einer vereinheitlichten Politik nach sich ziehen. Aus ihrer Sicht war der Euro bildlich dargestellt, der Mörtel beim Aufbau des europäischen Hauses. Nach ihrer Vorstellung sollte schon in einer frühen Phase des monetären Integrationsprozesses eine gemeinsame unabhängige europäische Notenbank installiert werden. Begründet wurde dies damit, dass die Zentralbank die Volkswirtschaften bei ihrer stabilitätsorientierten Entwicklung hin zu einer Annäherung unterstützt, begleitet und die Möglichkeit hat, einen Anpassungsdruck auf die nationalen Volkswirtschaften auszuüben.

Die Bundesregierung unter dem Bundeskanzler Helmut Kohl und Finanzminister Theo Waigel waren ebenfalls Befürworter einer schnell durchzuführenden Währungsunion. Für sie war die Währungsunion untrennbar mit einer politischen Union verbunden und damit der Vorstellung, dass Europa sich untrennbar eint, d. h. sie sahen die Einheitswährung als Instrument zur Umsetzung einer möglichst unumkehrbaren politischen Union. Für sie stand aber auch fest, dass für die Teilnahme an der Währungsunion unumgängliche und rigide Vertragsregeln eingeführt werden mussten, da in Deutschland die wirtschaftliche Philosophie von einer regelgebundenen Wirtschaftspolitik vorherrschten. Theo Waigel kommentierte damals „Wir führen unsere D-Mark in Europa ein (...). Die Stabilitätspolitik werde Modell und

Maßstab für den ganzen Kontinent (...). „Wir zwingen Europa und uns selbst zu strengster Disziplin im Umgang mit dem Geld unserer Steuerzahler (...) der Euro wird einen frischen Wind der Modernisierung nach Europa bringen“. Darüber hinaus bestanden die deutschen Regierungsvertreter aber auch bei Einführung einer europäischen Notenbankbank auf deren politische Unabhängigkeit.

Die Bundesregierung bewarb die Währungsunion vor allem mit ökonomischen Argumenten wie: Innerhalb der Euro-Zone erhöhen sich die deutschen Exportchancen, Geldwechselkosten für Reisende und Unternehmen sowie Wechselkursrisiken und Absicherungsgeschäfte insbesondere für Unternehmer entfallen, der Handel und der Kapitalverkehr profitieren, Währungsspekulationen werden unterbunden.

Arbeitsauftrag:

1. Erarbeiten Sie, nachdem Sie den Einführungstext gelesen haben, aus dem Informationstext die grundsätzlichen Unterschiede der Vorgehensweise zur Umsetzung der europäischen Integration. Gehen Sie dabei auch auf deren Vertreter und deren Argumentation bzw. Bedenken ein. (Schüler A: Krönungstheorie; Schüler B: Lokomotivtheorie)
2. Tauschen Sie ihr Expertenwissen in einer Expertengruppe aus und ergänzen bzw. verbessern Sie ihr Ergebnis bei Bedarf.
3. Stellen Sie ihr Ergebnis ihrem Partner vor.

Aber welcher Weg setzte sich durch? Welche Hürden galt es zu nehmen und welche Verträge wurden geschlossen?

In den 70er-Jahren wurden im Rahmen des sogenannten „Werner-Plans“ erste Versuche zu einer Währungsintegration unternommen, die aber aufgrund der Ölpreiskrise und negativer ökonomischer Konstellationen scheiterten. Ab Ende der 80er-Jahre wurden unter Federführung von Jacques Delors (Präsident der EU-Kommission), die Pläne zur Konkretisierung der EWWU forciert.

Auf einmal ging alles historisch betrachtet sehr schnell. Die Pläne für eine Währungsunion gewannen an Dynamik. Positiv beeinflusst durch die *Wiedervereinigung Deutschlands im Jahre 1990*. *Helmut Kohl (CDU), der damalige Kanzler, wollte durch Zustimmung Deutschlands zu einer von französischer Seite forcierten großen Eurozone ein Zeichen setzen. Es ging vor allem darum, der von Frankreich aber auch anderen europäischen Ländern gehegte Sorge, dass Deutschland als gestärktes wiedervereintes Land sich vom europäischen Engagement abwendet, entgegenzutreten. Die Befürwortung zur EWWU, von Helmut Kohl, kann man also als vertrauensbildende Maßnahme sehen. Allerdings sah Helmut Kohl immer die politische Union als unerlässliches Gegenstück zur Wirtschafts- und Währungsunion und*

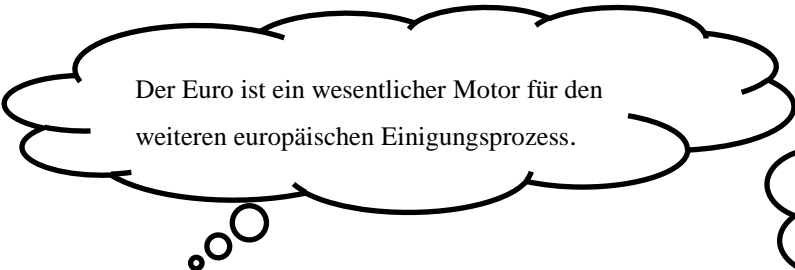
verlangte die politische Union mit der EWWU mittel- bis langfristig zu verbinden. Bei den Maastrichter Verhandlungen, in denen die Aufnahmekriterien in die EWWU, die Zeitpläne für die Umsetzung, die Übertragung der Wirtschaftspolitik auf die Europäische Zentralbank sowie der Euro als gemeinsame Währung beschlossen wurde, konnte sich Helmut Kohl mit der Ansicht „Keine Währungsunion ohne politische Union“ nicht durchsetzen. Die Überlegungen zur politischen Union blieben bei den Maastrichter Verhandlungen in den Kinderschuhen stecken und wurden auf die Zukunft vertagt (Vertrag von Amsterdam 1997, Vertrag von Lissabon 2009).

In Maastricht hatte sich schlussendlich die Lokomotivtheorie durchgesetzt und Europa nun 1999 eine gemeinsame Währung beschert, aber keine tragfähigen politischen Strukturen.

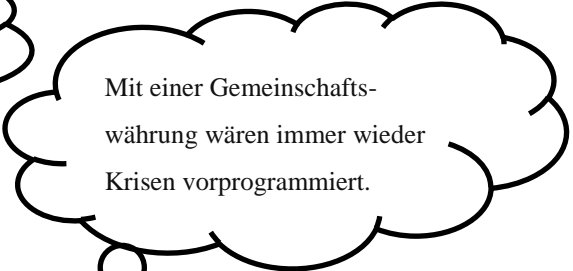
Die Vertreter der Krönungstheorie, allen voran die Deutsche Bundesbank, hatten keine rechtlichen Möglichkeiten, die Umsetzung der Währungsunion zu verhindern. Am Ende stimmten die Vertreter der Deutschen Bundesbank mit dem Kommentar „stabilitätspolitisch vertretbar“ zu.

Arbeitsauftrag:

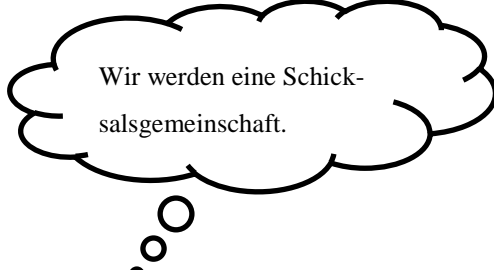
4. Stellen Sie anhand des Informationstextes dar, welcher Weg sich historisch durchgesetzt hat.
5. Ordnen Sie folgende Aussagen den Gedanken- bzw. Sprechblasen der Einstiegsfolie zu.



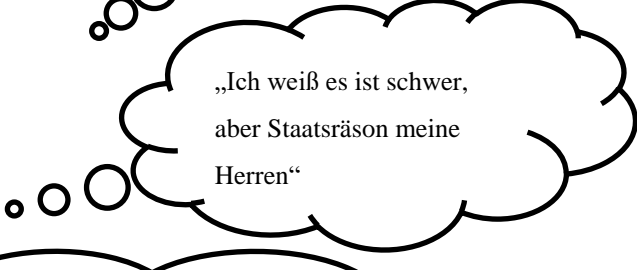
Der Euro ist ein wesentlicher Motor für den weiteren europäischen Einigungsprozess.



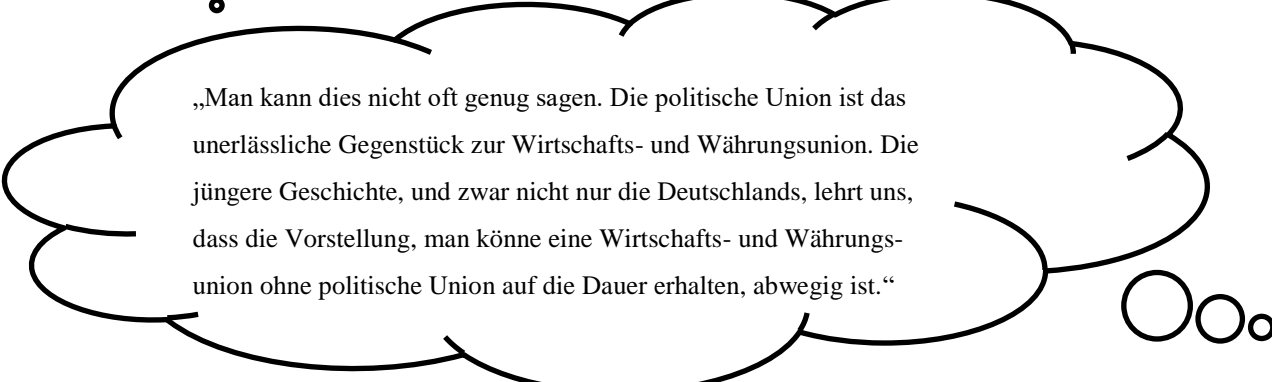
Mit einer Gemeinschaftswährung wären immer wieder Krisen vorprogrammiert.



Wir werden eine Schicksalsgemeinschaft.



„Ich weiß es ist schwer, aber Staatsräson meine Herren“



„Man kann dies nicht oft genug sagen. Die politische Union ist das unerlässliche Gegenstück zur Wirtschafts- und Währungsunion. Die jüngere Geschichte, und zwar nicht nur die Deutschlands, lehrt uns, dass die Vorstellung, man könne eine Wirtschafts- und Währungsunion ohne politische Union auf die Dauer erhalten, abwegig ist.“

Währungsunion versus politische Union

Krönungstheorie 

Leitidee:

Vertreter:

Bedenken:

Umsetzung:

Lokomotivtheorie 

Leitidee:

Vertreter:

Argumente:

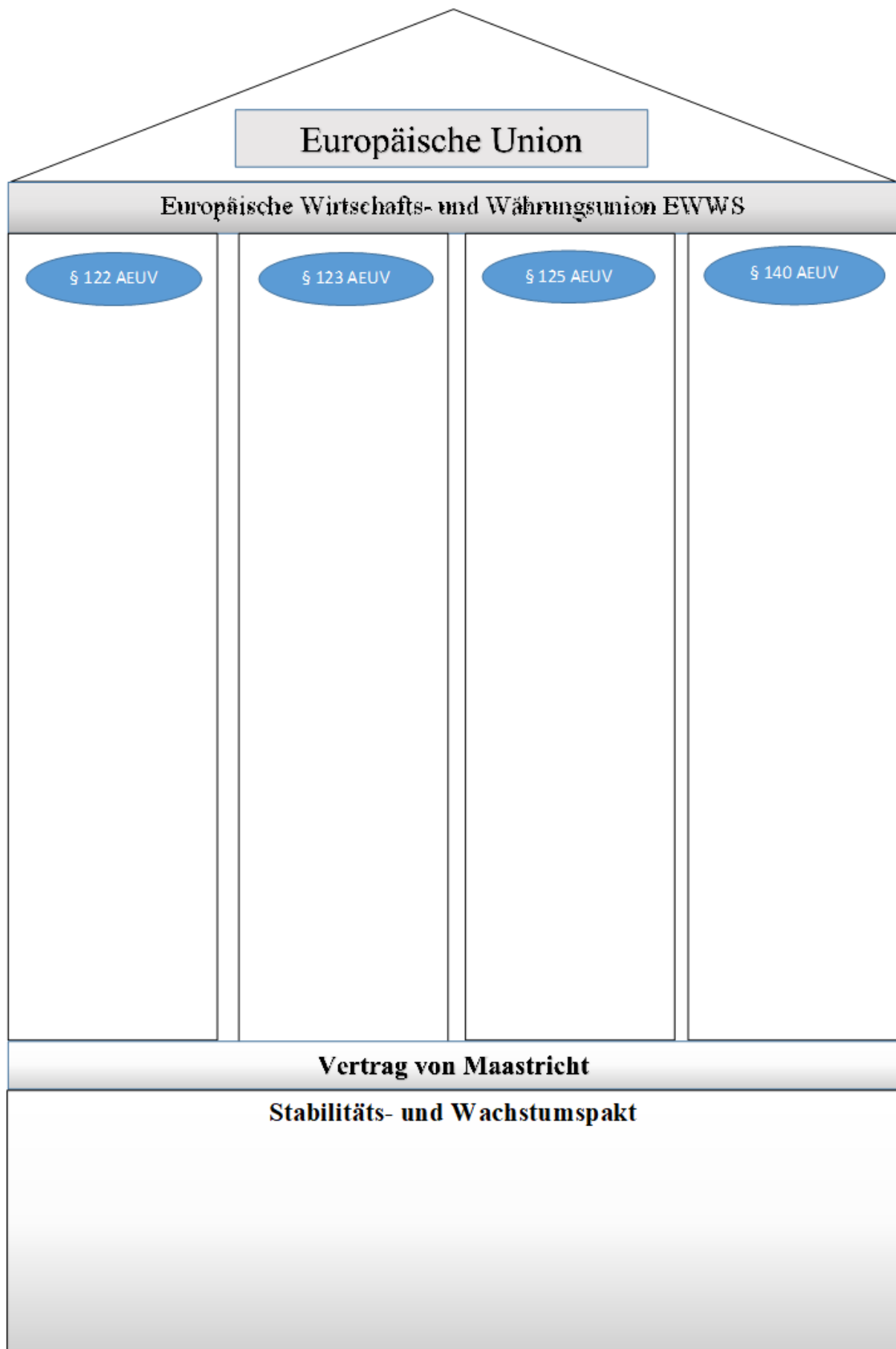
Umsetzung:

HAITZINGER, Horst. *Haitzinger Karikaturen 1992*. München:
Bruckmann, 1992. 72 S. ISBN 3-7654-2259-2.

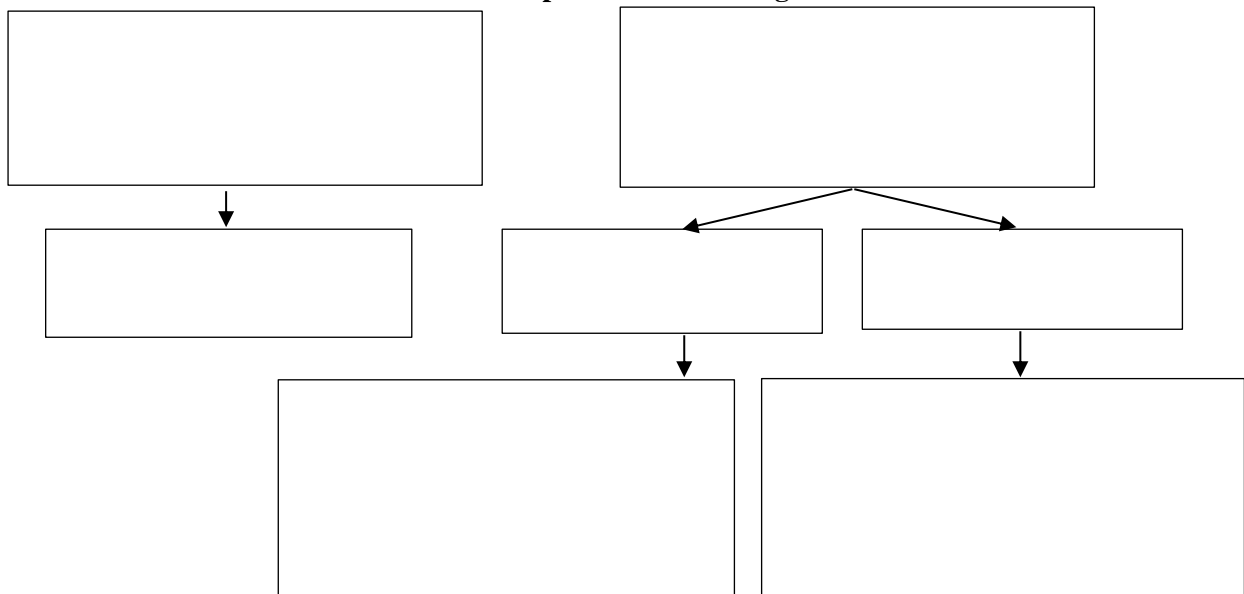
„Maastrichter Freibad“, p. 7.

Diese Karikatur ist abrufbar unter https://www.cvce.eu/de/obj/karikatur_von_haitzinger_zum_europaischen_rat_von_maastricht_9_dezember_1991-de-d0cac658-02e1-46ae-bd50-ed279c5a9244.html





Ist der Euroraum nach der Theorie ein optimaler Währungsraum?



Kriterium	Praktische Umsetzung	Begründung
	<input type="checkbox"/> trifft zu <input type="checkbox"/> trifft teilweise zu <input type="checkbox"/> trifft nicht zu	
	<input type="checkbox"/> trifft zu <input type="checkbox"/> trifft teilweise zu <input type="checkbox"/> trifft nicht zu	
	<input type="checkbox"/> trifft zu <input type="checkbox"/> trifft teilweise zu <input type="checkbox"/> trifft nicht zu	
	<input type="checkbox"/> trifft zu <input type="checkbox"/> trifft teilweise zu <input type="checkbox"/> trifft nicht zu	
	<input type="checkbox"/> trifft zu <input type="checkbox"/> trifft teilweise zu <input type="checkbox"/> trifft nicht zu	
	<input type="checkbox"/> trifft zu <input type="checkbox"/> trifft teilweise zu <input type="checkbox"/> trifft nicht zu	

Weitere Anforderungen

Lösungsvorschlag zur Hausaufgabe „Vor- und Nachteile einer Währungsunion“

Vorteile einer gemeinsamen Währung

- Beseitigung des Wechselkursrisikos und dadurch Einsparung von Kurssicherungskosten.
- Verringerung der Geldwechselkosten.
- Annäherung der Marktzinssätze, da sich die Kapitalmärkte mit geringeren Risikoaufschlägen zufriedengeben. Zuvor verlangten sie hohe Risikoaufschläge im Zins, um für den Fall der Abwertung der Anlagewährung während der Laufzeit kompensiert zu werden.
- Engere wirtschaftliche Verflechtung innerhalb der Währungsunion. Dadurch kommt es unter anderem zu einer höheren Markttransparenz (z. B. erleichterte Preisvergleiche), einer Intensivierung des Wettbewerbs innerhalb der Währungsunion und einer Ausweitung der Handelsbeziehungen.
- Verbesserung der Kapitalallokation durch freien internationalen Kapitalverkehr innerhalb der Währungsunion. So werden mehr Investitionsmöglichkeiten mit höherer Wertschöpfung eröffnet und sinnvolle grenzüberschreitende Kapitalbewegungen erleichtert, die eine höhere Wertschöpfung erbringen im Vergleich zu einer Investition in gleicher Höhe im nationalen Bereich.

Nachteile einer gemeinsamen Währung

- Eine Abwertung der eigenen Währung ist nicht mehr möglich, falls die Exportprodukte durch eine Inflation zu teuer geworden sind. Das Land verliert dadurch an internationaler Wettbewerbsfähigkeit. Eine interne Abwertung durch Lohn- und Preissenkungen im Inland führt meist zu erheblichen sozialen Spannungen und ist daher politisch nicht durchsetzbar.
- Eine für alle einheitliche Geldpolitik kann bei asymmetrischen Schocks nicht zur Krisenbekämpfung genutzt werden, da die unterschiedlich betroffenen Mitgliedsländer eine differenzierende Gestaltung der Geldpolitik benötigen (z. B. expansiv vs. restriktiv).
- Die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Mitgliedsländer entwickelt sich immer weiter auseinander: Für wettbewerbsstarke Länder hat die gemeinsame Währung einen zu niedrigen Außenwert, der zu hohen Leistungsbilanzüberschüssen führt, aber auch z. B. zu einer erodierenden Leistungsbereitschaft und relativ hohen Preisen für Importgüter. Für wettbewerbsschwache Länder ist der Außenwert zu hoch, sodass sie weiter an Wettbewerbsfähigkeit verlieren, da sie nicht abwerten können. Sie können dann ihrer Dauerkrise nicht entkommen und sind auf Transfers angewiesen.
- Anreiz zu steigender Verschuldung durch gesunkene Marktzinssätze: Nur noch die Fiskalpolitik steht zur Umsetzung eigener Ziele zur Verfügung. Die Verlockung ist umso größer, je niedriger das Zinsniveau ist. Es besteht die Gefahr des Moral Hazard, wenn ein Land von einem Bail-out ausgeht und deshalb zusätzliche Schulden macht.
- Mangelnde Durchsetzung von Vertragsregeln möglich, da keine geeigneten Institutionen existieren oder Sanktionsmöglichkeiten ergriffen werden können, um sie durchzusetzen. Beispiel: Der Stabilitäts- und Wachstumspakt in der Europäischen Währungsunion hatte keinen durchschlagenden Effekt auf die Haushaltsdisziplin der Mitgliedsländer.